

## **Sicher leben in Hessen 2014**

***Innere Sicherheit bedeutet „Sozialer Frieden“ und ist auch ein wichtiger, die Wirtschaft beeinflussender Faktor. Deshalb nimmt die SPD Hessen die Abwehr von Gefahren und die Verhinderung sowie Aufklärung von Straftaten als eine grundlegende Aufgabe des Staates wahr.***

***Die hessische SPD schlägt als Gesetzesinitiative ein Präventionsgesetz vor, in dem durch präventionsorientierte gesetzliche Vorgaben und Rechtsänderungen die Prävention unterstützt und auf eine breite gesetzliche Grundlage gestellt wird.***

### **Die wichtigsten Forderungen der Sozialdemokraten in der Polizei**

- In den Jahren 2014 – 2019 wird sichergestellt, dass alle frei werdenden Stellen wieder besetzt werden. Darüber hinaus werden wir in dieser Legislaturperiode in einem ersten Schritt dafür Sorge tragen, dass die in der Zeit von 2004 – 2006 und der anschließenden PVS von der CDU/FDP geführten Landesregierung abgebauten Stellen<sup>1</sup>, sukzessive wieder ausgeglichen werden.
- Zusätzliches, qualifiziertes Tarifpersonal wird bedarfsorientiert polizeifremde Aufgaben übernehmen, die derzeit noch von Vollzugsbeamtinnen und Vollzugsbeamten wahrgenommen werden müssen.
- Hessen wird unter Führung der SPD in die Tarifgemeinschaft der Länder zurückkehren und unverzüglich die dort abgeschlossenen Verträge übernehmen.
- Für alle Beamtinnen- und Beamten wird die Wochenarbeitszeit auf 40 Stunden verkürzt; beginnend bei den besonders belastenden Diensten.
- Es wird ein kontinuierlicher Überstundenabbau durch mehr Personal und Auszahlungsmöglichkeiten durch Bereitstellung finanzieller Mittel und Freizeitausgleich angestrebt.

---

<sup>1</sup> 700 Stellen

- Elemente des Arbeitsrechts sollten bei der Berechnung der Zulagen für Nacht- und Feiertagsarbeit Eingang in das Besoldungsrecht finden.
- Wir erkennen die besondere Belastung der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten im Schicht- und Wechseldienst an. Die Veränderungen im Rentenversicherungsrecht haben dazu geführt, dass die Versicherten in der Zukunft bis zum siebenundsechzigsten Lebensjahr arbeiten müssen. Beamte im Schicht- und Wechseldienst sowie anderen unregelmäßigen Diensten sind besonderen körperlichen Belastungen ausgesetzt. Hier werden wir, abweichend von den tarifvertraglichen Gegebenheiten, dafür Sorge tragen, dass jeder, der 20 Jahre lang seinen Dienst im Schicht- und Wechseldienst oder in anderen besonders belastenden Diensten versehen hat, mit 60 Jahren in den Ruhestand versetzt werden kann.
- Eine SPD-geführte Landesregierung wird dafür Sorge tragen, dass die EU-Richtlinien zum Arbeitsschutz und zur Gestaltung der Arbeitszeit im Rahmen der polizeilichen Erfordernisse umgesetzt werden und insbesondere die Arbeitszeit der Beamten zwölf Stunden nicht überschreitet.
- Die SPD Hessen wird durch intelligente Konzepte den Erfordernissen einer älter werdenden Mitarbeiterschaft und den damit einhergehenden Veränderungen der Leistungsfähigkeit Rechnung tragen.
- Die SPD-Hessen wird die besonderen Problemstellungen im gehobenen und höheren Dienst durch zusätzliche Stellenhebungen schrittweise beseitigen. Laufbahnverlaufsmodelle in Verbindung mit Funktionsbeschreibungen werden eine nachvollziehbare und verlässliche Perspektive für die Polizeibeamtinnen und Beamten aufzeigen. Die SPD-Hessen wird in vertrauensvoller qualifizierter Zusammenarbeit mit den Berufsvertretungen entsprechende Prüfungen vornehmen und Modelle auf den Weg bringen.
- Eine neue Führungs- und Organisationskultur wird den Beschäftigten der Polizei wieder eine Perspektive für Leistung sichern und Konflikte angemessen lösen helfen (Landespolizeibeauftragter).
- Unter einer SPD-geführten Landesregierung wird es keine Verlagerung von hoheitlichen Aufgaben an private Anbieter geben, der „Freiwillige Polizeidienst“ nicht weiter durch Mittel des Landes unterstützt.
- Die hessische SPD stellt sicher, dass von der CDU zu Lasten der Bediensteten und Personalvertretungen vorgenommene Einschränkungen im Personalvertretungsrecht wieder demokratisiert werden.

- Die hessische SPD wird zeitnah ein gerechteres landesweites Beurteilungs- und Beförderungssystem für den Bereich der Vollzugspolizei einführen.
- Die hessische SPD tritt für eine chancengleiche Personalentwicklung und Förderung von Frauen ein.
- Die hessische SPD steht für eine Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

### ***Die Forderungen präzisiert:***

Für die SPD in Hessen ist und bleibt die Gewährung der inneren Sicherheit auch eine soziale Aufgabe. Sie umfasst die Herstellung des inneren Friedens durch Chancengleichheit, Lebenshilfe und soziale Sicherheit und sie schützt diesen Frieden gegen Gefährdungen.

Die Gefährdungen des inneren Friedens liegen einerseits in den Rechtsbrüchen, die sich gegen die körperliche Unversehrtheit und das Eigentum der Bürgerinnen und Bürger richten, andererseits erwachsen sie auch aus der Verwaltung der sozialen Sicherung, aus der Bedrohung der Lebensqualität durch Schädigung der Umwelt, aus dem Missbrauch wirtschaftlicher Macht und aus der Unterwerfung von Belangen des Gemeinwohls unter private Interessen.

Eine Gesellschaft ist auch dadurch gekennzeichnet, welches sozial schädliche und sozial gefährliche Handeln sie pönalisiert.

Die Auswahl bestimmt die Gesellschaftsordnung und ihre Wertehierarchie. Aufschlussreich dabei ist, welche Sozialschädlichkeiten nicht oder nur unzureichend unter Strafe gestellt und verfolgt werden. Tatbestände wie Umweltverseuchung, Steuerhinterziehung, Korruption, Geldwäsche, Grund- und Bodenspekulation, Mietwucher, Subventionsbetrug, Datenmissbrauch, Ausnutzung einer Monopolstellung, Missbrauch von gesellschaftsrechtlichen Firmenstrukturen, Vermögenshinterziehung etc. werden in unserer heutigen Gesellschaft nicht oder nicht ausreichend geahndet.

Im Hinblick auf ihre wirtschaftliche und soziale Schädlichkeit für die Gesamtheit der Bevölkerung bedürfen diese Tatbestände einer neuen Bewertung. Die wirtschaftliche und soziale Stellung eines Menschen dürfen überdies nicht zu einer Ungleichbehandlung im Strafverfahren führen.

Übergriffe gegen Polizeibeamte werden in unserer Gesellschaft nicht akzeptiert. Neben strafrechtlichen Sanktionen muss und wird die Zusammenarbeit mit Politik und Justiz weiterentwickelt werden.

Die SPD ist sich bewusst, dass Sicherheit Geld kostet und hierfür Aufstockungen der Mittel erforderlich sind.

Die hessische SPD will eine bürgerorientierte Polizei, die in der Lage ist, Konflikte zu kanalisieren und an ihrer Vermeidung mitzuwirken. Damit diese anspruchsvolle präventive Aufgabe bewältigt werden kann, halten wir an einer qualifizierten Ausbildung und an der zweigeteilten Laufbahn fest.

## AG Sozialdemokraten in der Polizei Hessen

Polizistinnen und Polizisten benötigen eine breit gefächerte Ausbildung, um vielschichtige Konflikte zu lösen.

Die Ausbildung der Polizei hat dabei grundsätzlich einheitlich zu erfolgen; Spezialisierungen erfolgen berufsbegleitend.

Die Polizei ist wieder in die Lage zu versetzen, angemessen zügig auf Hilfsbedürfnisse der Bürger zu reagieren. Der Maßstab polizeilichen Handelns darf nicht mehr primär plakativer Aktionismus mit dem vordringlichen Ziel positiver Mediendarstellung sein.

Wenn sich die Bevölkerung in ihrem Sicherheitsgefühl bedroht sieht, müssen diese Ängste ernst genommen werden. Offenbar fallen das Sicherheitsgefühl und die tatsächliche Bedrohung durch Kriminalität, die durch amtliche Statistik nachgewiesen wird, auseinander. **Sich sicher zu fühlen** und tatsächlicher Schutz vor Kriminalität sind wesentliche Voraussetzungen für die Selbstverwirklichung der Bürgerinnen und Bürger. Der Staat hat dahin gehend einen verfassungsrechtlichen Auftrag. Um diesem optimal nachkommen zu können, muss er sein rechtliches und organisatorisches Instrumentarium im Bereich von Polizei und Justiz ständig überprüfen und verbessern.

### **Die wichtigsten Ansatzpunkte hierfür sind:**

- Wesentliches Ziel der kommenden Jahre unter einer SPD-geführten Landesregierung wird es sein, die moralische und ethische Integrität der hessischen Polizeiführung, auch durch personellenkende Maßnahmen, wieder herzustellen und zu stärken.
- Durch eine verfehlte Personalpolitik und der Zuweisung immer neuer Aufgaben unter christlich-liberaler Führung kommt es zu nicht mehr hinnehmbaren Belastungen im Polizeidienst. Mit dem vorhandenen Personal kann kaum der tägliche Dienst aufrechterhalten werden. Der personelle Abbau vergangener Jahre wird gar nicht oder nur sehr zögerlich korrigiert.
- Hohe Kräfteanforderungen und überlange Dienste bei vielen Einsatzlagen dokumentieren die Unsicherheit der politisch Verantwortlichen, deren Handeln in weiten Bereichen allein die mediale Darstellung bedient. Die Interessen des Normalbürgers finden dabei keine hinreichende Beachtung.
- Millionen Überstunden können nicht bezahlt werden. Freizeitausgleich für geleistete Überstunden kann mangels Personal nur unzureichend erfolgen. Gesundheit und Familie der Beamten spielen keine Rolle.

## AG Sozialdemokraten in der Polizei Hessen

- Voll ausgebildete Polizeibeamte werden in nicht hinnehmbarem Ausmaß sachfremd eingesetzt, oftmals für repräsentative Zwecke bei Veranstaltungen, und dadurch dem Dienst am Bürger entzogen.
- Die CDU hat es in den vergangenen Jahren versäumt, die von der SPD eingeführte zweigeteilte Laufbahn in ihren Strukturen weiter zu entwickeln. Es ist dringend erforderlich, die Ämter des gehobenen und des höheren Dienstes entsprechend den bundesweit üblichen Strukturen anzugleichen. Es darf nicht vorkommen, dass eine Polizeibeamtin- bzw. -beamter nach nur einer Beförderung in seinem beruflichen Leben in den Ruhestand verabschiedet wird.

Den Polizeibeamtinnen und -beamten muss durch ein Laufbahnverlaufsmodell eine nachvollziehbare und verlässliche Perspektive aufgezeigt werden.

- Die von der Landesregierung eingeführten technischen Neuerungen binden ungezählte Beamte und entziehen sie auch hier dem Dienst am Bürger. Es muss genau geprüft werden, welche Aufgaben unvermeidbar von Polizeibeamtinnen- und beamten erledigt werden müssen. Nicht der polizeilichen Ausbildung immanente Aufgaben, wie reine Verwaltungstätigkeiten, müssen von fachlich geeigneten Mitarbeitern erledigt werden und frei werdende Polizeibeamtinnen- und beamte dem Dienst am Bürger zugeführt werden.
- Aufgabe polizeilicher Führungskräfte ist es zuvorderst, ihre Behörden und Dienststellen verantwortlich zu führen, sowie für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erreichbar und ansprechbar zu sein! Hier ist auf der Basis gegenseitigen Respektes ein oftmals in den vergangenen Jahren beschädigtes Vertrauensverhältnis zwischen polizeilichen Führungskräften und „Geführten“ wiederherzustellen.

### 1. Prävention

Die hessische SPD schlägt als Gesetzesinitiative ein Präventionsgesetz vor, in dem die Landesnormen durch präventionsorientierte gesetzliche Vorgaben und Änderungen unterstützt und auf eine breite gesetzliche Grundlage gestellt werden.

Als Basisbaustein für dieses Gesetz ist ein *verbindliches Präventionskonzept* mit dem Ziel der institutionellen Vernetzung der kommunalen Akteure zu erarbeiten, dass diese zur präventiven Kooperation verpflichtet. Prävention muss auf Nachhaltigkeit ausgerichtet sein.

Bei der Umsetzung eines Präventionsgesetzes ist die Polizei von Beginn an intensiv zu beteiligen. Ihre Nähe zur gesellschaftlichen Wirklichkeit, ihre täglich gewonnenen Einsichten in die Vielfalt und die Entstehungsgründe abweichender und sozial schädlicher Verhaltensweisen, in die Wirksamkeit und innere Berechtigung von Rechtsnormen und in die Strukturdefekte der Gesellschaft sind unverzichtbare Grundlagen einer modernen Sicherheitspolitik.

Wir setzen auf eine sozialpolitisch ausgerichtete Kriminalpolitik. Dabei gilt der Grundsatz „Prävention geht vor Repression“ und „Vorbeugung vor Strafe“.

Der Prävention muss wieder oberste Priorität eingeräumt werden. Das Vermeiden zukünftiger Straftaten ist ein Gewinn an Sicherheit für alle Bürgerinnen und Bürger. Dabei muss Prävention schon im kindlichen Alter beginnen und durch eine gerechte Bildungspolitik, die allen gesellschaftlichen Gruppen Zugang zu Bildung und gesellschaftlicher Teilhabe eröffnet, ergänzt werden.

Die organisatorische Leitung für Aufstellung und Umsetzung zu formulierender Präventionskonzepte muss originär bei den Kommunen liegen. Die Vollzugspolizei ist zu verpflichten, mit ihren Ressourcen und Erkenntnissen zur aktuellen Sicherheitslage an der Erarbeitung mitzuwirken. Sie kann dabei auch die Rolle des Konfliktmanagers verstärkt wahrnehmen.

Ein Schwerpunkt in der präventionsorientierten Kriminalpolitik der hessischen SPD werden Kinder, Jugendliche und Heranwachsende sein. Das Land Hessen wird seine Anstrengungen, jüngeren Mitbürgerinnen und Mitbürger mit Migrationshintergrund durch eine verstärkte Integrationspolitik hier eine Heimat zu geben, deutlich intensivieren und wird dabei den Ausbau der „Häuser des Jugendrechts“ nachhaltig fördern.

### 2. Repression

Prävention und Repression sind keine Alternativen, sondern sich ergänzende Handlungskonzepte. Durch schnelle und spürbare Sanktionen des Staates muss das Bewusstsein wach gehalten werden, dass die Rechtsgemeinschaft keine Gesetzesverstöße duldet. Dies gilt insbesondere auch für Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und -beamte sowie eingesetzte Hilfskräfte. Es gilt hier durch geeignete gesetzliche Maßnahmen zu verdeutlichen, dass derlei Übergriffe gesellschaftlich nicht geduldet werden.

Neben dem Hellfeld muss die Polizei bei ihren Ermittlungen bei vielen Delikten auch das vorhandene Dunkelfeld berücksichtigen. Durch Bürgernähe, Kompetenz und gute Erreichbarkeit kann ein positiver Einfluss auf die Anzeigenbereitschaft der Bürgerinnen und Bürger genommen werden.

Im Umgang mit den Daten der polizeilichen Kriminalstatistik sind Offenheit und Transparenz sowie eine verantwortliche, wirklichkeitsgetreue Interpretation unverzichtbare Grundvoraussetzungen gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes.

Die hessische SPD fordert daher:

- Die Polizeireviere, Stationen und Kommissariate sowie andere Polizeidienststellen müssen durch eine angemessene Personalausstattung wieder in die Lage versetzt werden, zügig auf Hilferufe des Bürgers zu reagieren und Straftaten wirkungsvoll zu verfolgen.
- Organisierte Kriminalität bedroht nicht nur unsere Gesellschaftsstruktur und Wirtschaftsordnung, sie ist auch besonders sozial- und gemeinschädlich und bedroht so den inneren Zusammenhalt der Gesellschaft.

Eine nachhaltige gezielte Bekämpfung dieser Kriminalitätsform erfolgt derzeit in Hessen nur unzureichend. Die SPD-Hessen fordert daher die personelle und sächliche Verstärkung der Kriminalpolizei durch Spezialisierung, insbesondere in den Bereichen Organisierte Kriminalität, Wirtschafts- und IuK- und Steuerkriminalität.

- Es ist ein präventives Vermögenseinziehungsgesetzes zu schaffen.
- Die Zusammenarbeit mit der Justiz muss fortgeführt und weiterentwickelt werden.



### 3. Öffentlicher Raum

- Nicht nur in Ballungszentren beklagen sich Bürgerinnen und Bürger über Anpöbeleien oder Gewalt auf öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen sowie einer rasanten Zunahme der Einbrüche in Wohnungen, Häuser und gewerbliche Immobilien.
- Die Angst vor Gewalt führt zu nicht hinnehmbaren Konsequenzen beim Bürger, wo es insbesondere ältere Menschen vermeiden, abends allein auf Straßen oder Plätzen unterwegs zu sein. Das bedeutet einen hohen Verlust an Lebensqualität. Eine SPD-geführte Landesregierung wird die Bemühungen intensivieren, das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung wieder zu stärken und daher die polizeiliche Präsenz auf der Straße verstärken. Das ist Teil einer aktiven Sozialpolitik, die den **öffentlichen Raum allen Menschen** zurückgibt.
- Für die zügige Sachbearbeitung entsprechender Delikte bedarf es ausreichend Zeit und Personal!
- Es müssen neuartige Konzepte zur Bekämpfung der Massenkriminalität entwickelt werden, um mehr Täter zu ermitteln sowie schnell und nachhaltig zu sanktionieren. Insbesondere gilt es den Ansatz der täterorientierten Bekämpfung weiter zu entwickeln. Auch müssen neuartige Konzepte zur Bekämpfung der Massenkriminalität, insbesondere im Bereich der **Wohnungseinbrüche** entwickelt werden. Das frühzeitige Erkennen von Straftatenserien muss verbessert werden. Die Instrumente der Spurensicherung müssen noch konsequenter angewendet werden, alle im Bereich des Ersten Angriffs tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind dahin gehend verstärkt zu qualifizieren.
- Die Polizei „vor Ort“ muss wieder in die Lage versetzt werden, ihre Aufgaben zu erfüllen.
- Medienwirksame Aktionen von politischen Verantwortungsträgern allein mit dem Ziel der Selbstinszenierung haben zu unterbleiben.
- Auf plakative Aktionen, die Kräfte dem Regeldienst entziehen, muss zugunsten der Flächenpräsenz verzichtet werden.
- Die Polizei muss für den Menschen erreichbar bleiben; die Entfremdung der Bürgerschaft von seiner Polizei muss beendet und entsprechende Konzepte entwickelt und umgesetzt werden.

- Der Opferschutz ist zu verbessern. Ein effektiver Schutz und eine wirkungsvolle Hilfe für Opfer von Straftaten sind ein wichtiges und unverzichtbares sozialdemokratisches Anliegen.

#### **4. Neubestimmungen und Grundbedingungen polizeilicher Arbeit:**

In einer offenen, liberal verfassten Gesellschaft hat jede Bürgerin und jeder Bürger Anspruch auf bestmöglichen Schutz vor Kriminalität und anderen Gefahren, vor Übergriffen oder Vandalismus, Pöbeleien und Belästigungen.

- Polizeibeamtinnen und -beamte müssen sich bei ihrer Aufgabenwahrnehmung bewusst sein, welche Wirkung ihr Auftreten bei den Bürgerinnen und Bürgern erzielt. Höflichkeit, Hilfsbereitschaft und ein vorbildliches Erscheinungsbild sind Grundvoraussetzungen der bürger- und partnerschaftsorientierten Polizeiarbeit. Vom Bürger kann Entsprechendes im Umgang mit seiner Polizei erwartet werden.
- Sensibilität gegenüber sozial Benachteiligten und Verständnis für die Situation ethnischer Minderheiten sind unverzichtbare Voraussetzungen bürgerorientierter Polizeiarbeit und stehen nicht im Widerspruch zu den besonderen Belangen dieser Bürgergruppen.
- Die Polizei muss durch verstärkte, sichtbare Präsenz den Erwartungen der Bevölkerung Rechnung tragen und die Sicherheit im öffentlichen Raum erhöhen.
- Staatliche und kommunale Behörden haben eine gemeinsame Verantwortung zur Wahrung der Öffentlichen Sicherheit. Polizei, Justiz, Ordnungs-, Jugend-, Sozial- und Ausländerämter, haben durch gezielte Kooperation ihrer Kräfte ein Nebeneinander- oder gar Gegeneinander handeln zu verhindern.
- Leitbild; das von der CDU-geführten Landesregierung abgewirtschaftete „Leitbild“ der Polizei wird unter einer SPD-geführten Landesregierung mit neuem Leben erfüllt bzw. gemeinsam mit den Berufsvertretungen und Kirchen mit aktuellen Inhalten gefüllt und in der Aus- und Fortbildung der Polizei umgesetzt. Dies ist insbesondere mit einer, den anderen achtenden, Führungskultur zu verbinden.
- Ein sozialdemokratisch geprägtes Leitbild der Polizei hat elementarer Teil eines beruflichen Selbstbildes zu sein, das auf gegenseitiger Wertschätzung innerhalb der Polizei und einem vertrauensvollen Verhältnis zwischen Polizei und Bürgerinnen und Bürgern beruht.

### 5. Modernisierung und Professionalisierung der Polizeiarbeit

- Mit dem Anstieg und der Entwicklung neuer Formen der Kriminalität hat weder die organisatorische, materielle noch die personelle Ausstattung der Polizei wirklich Schritt gehalten.
- Zu den immer bedeutsamer werdenden Aufgaben der Polizei gehört die Aufklärung und Verfolgung extremistischer und terroristischer Aktivitäten. Den Polizeibehörden fehlen zur Bekämpfung oftmals fachlich versierte Mitarbeiter, insbesondere sprach- und volkskundige Sachbearbeiter, die Aktivitäten mit Auslandsbezug bewerten und verfolgen können.
- Die verwaltungsmäßigen Erfordernisse bei Vernehmungen, Erfassungen und Protokollierungen sowie dem umfangreichen Schriftverkehr mit Opfern, Tätern, Rechtsanwälten, Gerichten, Staatsanwälten, Versicherungen und Verwaltungsbehörden bringen einen erheblichen Zeitaufwand mit sich. Ehemals vorhandene Stellen für Verwaltungsangestellte wurden deutlich reduziert. Dies hat zur Folge, dass für administrative Unterstützungstätigkeiten lange und teuer ausgebildete Polizeibeamtinnen- und beamtete eingesetzt werden müssen, obwohl diese Arbeiten genauso gut von Angestellten erfüllt werden könnten.
- Es gilt, den Modernisierungsprozess bei der Polizei systematisch weiterzuentwickeln durch...
  - Besetzung aller vollzugspolizeilichen Fehlstellen
  - Ausbau der technischen Unterstützung, insbesondere der Kriminaltechnik sowie der Informations- und Kommunikationstechnik
  - Förderung des mitarbeiterorientierten Führungssystems
  - Stärkere Flexibilisierung der Arbeitszeit in der Polizei unter angemessener Berücksichtigung der Belange der Mitarbeiter und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.
  - Intensivierung der Aus- und Fortbildung, um neben der fachlichen auch die methodische und soziale Kompetenz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu stärken.

### 6. Hessisches Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung

Mit der Einführung der Aufgabenzuweisung „Vorbeugende Verbrechensbekämpfung“ in das Polizeigesetz ist die äußerste Grenze des verfassungsrechtlich Zulässigen erreicht.

Die hessische SPD setzt sich deshalb für folgende Forderungen ein:

- Grundlage jeglicher polizeilichen Befugnisnorm ist grundsätzlich der polizeiliche Gefahrenbegriff.
- Verdachtsunabhängige Befugnisnormen sind unter Zugrundelegung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit im weiteren Sinne zu überprüfen und ggf. aufzuheben.
- Die Videoüberwachung zur Sicherung öffentlicher Straßen und Plätze kann geeignet sein, einen Beitrag zur Gewährung der Sicherheit der Bevölkerung zu leisten. Videoüberwachung im Sinne einer sozialdemokratischen Sicherheitspolitik bedeutet, dass die betreffenden Straßen und Plätze von Polizeivollzugsbeamten überwacht werden und sichergestellt ist, dass innerhalb kürzester Zeit polizeiliche Maßnahmen getroffen werden, um Gefahren von den Menschen rechtzeitig abwenden zu können.
- Vermögenswerte, bei denen der Verdacht besteht, dass sie aus schweren Straftaten hervorgegangen sind, herrühren oder verwendet werden sollen, sind gezielt sicherzustellen.
- Befugnisnormen des HSOG sind auf ihre Effektivität und Effizienz zu überprüfen. Normen, die sich nicht bewährt haben, müssen aufgehoben werden.

### 7. Polizeiorganisation

Vom Hessischen Landtag wird nach Einbringung und Verabschiedung eines entsprechenden Gesetzes ein *Beauftragter für die Polizei* bestellt, der auch für Belange des Bürgers zur Verfügung steht.

Die Aufgaben sind den gesellschaftlichen Anforderungen so anzupassen, dass hier auch Bürgerinnen und Bürger Anliegen im Sachzusammenhang vorbringen können. Dabei sind insbesondere Wege der Mediation zur Minimierung von Konflikten zwischen Bürgerschaft ./ Polizei zu fördern.

Stand: 19. September 2013

## AG Sozialdemokraten in der Polizei Hessen



SiP c/o SPD Hessen

Landesgeschäftsstelle

E-Mail:Landesverband.Hessen@spd.de

Internet:<http://www.spd-hessen.de/gremien/11033/2760/Landesarbeitskreis-Sozialdemokraten-in-der-Polizei-SiP.html>